Deutsch-Chinesische Nachrichten

德 華 日 報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Deutsche Tageszeitung

Eingetragen als Zeitung auf dem chinesischen Postamt

4. Jahrgang | Tientsin, Mittwoch, den 5. Juli 1933. | Nummer 845

Keine Aufnahme neuer S.S.-Mitglieder

Der Jungdo löst sich auf.

Berlin, 3. Juli (Transozean A.) Auf der Sitzung der Führer der Sturmtruppabteilungen in Reichenhall in Bayern ist beschlossen worden, nach dem 10. Juli keine neuen Mitglieder in die nationalsozialistischen Sturmtruppabteilungen aufzunehmen.

Es wird ferner bekanntgegeben, dass der Jungdeutsche Orden, welcher in Sachsen und Württemberg bereits verboten ist, sich freiwillig aufgelöst hat. Der Jungdeutsche Orden, der ursprünglich eine Organisation von Reservisten war, widmete seine Aufmerksamkeit in erster Linie der Anwerbung junger Leute. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1930 verbündete er sich mit der demokratischen Partei, was zur Folge hatte, dass zahlreiche Mitglieder austraten. Mit diesem Zeitpunkt begann der Verfall des einst mächtigen Ordens.

Gegen die Doppelverdiener

Berlin, den 3. Juli (Transozean A.) In den soeben veröffentlichten Zusatzbestimmungen für den Zivildienst sind strenge Bestimmungen gegen die sogenannten Doppelverdiener, oder Personen, welche aus verschiedenen Beschäftigungen ein Einkommen erhalten, enthalten. Durch diese Bestimmungen darf kein Beamter in seinen Freistunden Extraarbeit übernehmen. Um den Bedürftigen Arbeit zu verschaffen, wird ferner angeordnet, dass alle weiblichen Beamten, deren Familien imstande sind die weiblichen Mitglieder zu ernähren, entlassen werden müssen, während in Zukunft Frauen nur nach Vollendung des 35 Lebensjahres in den Zivildienst aufgenommen werden können.

Personen nicht-arischer Abkunft oder mit Nichtariern verheiratete Personen sollen in Zukunft nicht mehr im öffentlichen Dienst angestellt werden.

Verhandlungen um ein deutsches Konkordat

Rom, den 5. Juli (Transozean A.) In den Verhandlungen zwischen dem Vatikan und dem deutschen Vizekanzler von Papen betreffs Abschlusses eines Konkordats mit dem Reich, ist eine Unterbrechung eingetreten. Nach zuverlässigen Meldungen enthält der Entwurf des Konkordats etwa 30 Artikel, die jetzt vom Vatikan geprüft werden. Der Vatikan hat wichtige Gegenvorschläge gemacht und wartet jetzt auf die Antwort aus Berlin. Die Gegenvorschläge beziehen sich in erster Linie auf die Frage der Erziehung der Jugend und des Fortbestandes der katholischen Lehrlingsvereinigungen sowohl wie auf die Organisation „der katholischen Aktion".

In Vatikankreisen ist man der Ansicht, dass die deutsche Regierung zu weitgehenden Zugeständnissen bereit sein wird. In der Presse wird erklärt, dass im Gegensatz zu den ursprünglichen Absichten von Papen dem Papst und Mussolini einen Höflichkeitsbesuch abstatten wird.

Vatikan-Stadt, den 4. Juli (Havas). In gut informierten Kreisen wird versichert, dass heute mit dem Reich ein Konkordat abgeschlossen werden wird. In offiziellen deutschen Kreisen wird nur angedeutet, dass der Abschluss eines Konkordats in nächster Zukunft zu erwarten ist.

Das Zentrum

Berlin, den 4. Juli (Havas). Betreffs des Verhältnisses der katholischen Zentrumspartei zum Reich ist bisher noch kein Beschluss gefasst worden. Gewisse Schwierigkeiten sind dadurch entstanden, dass die Nazis sich geweigert haben die bayrischen Zentrumsabgeordneten in ihre parlamentarische Gruppe aufzunehmen, was sie damit begründen, dass sich diese durch ihre frühere Zusammenarbeit mit den Marxisten kompromittiert hätten.

Grubenunglück in Recklinghausen

Essen, den 3. Juli (Transozean A.) Infolge einer Explosion in dem Blumenthal-Bergwerk in der Nähe von Recklinghausen, die wahrscheinlich durch Kurzschluss entstanden ist, wurden acht Bergwerksarbeiter getötet und acht verwundet.

Osteuropäischer Friede

Paris, 3. Juli (Transozean A.) Ein neues „Protokoll zwecks Definierung des Begriffes Angreifer", dem Pressenachrichten zufolge gesternabend in London Sowjetrussland einerseits und Polen, Rumänien, die Türkei und die baltischen Staaten andererseits zugestimmt haben, wird in amtlichen französischen Kreisen als ein „Ereignis grösster Bedeutung für die Sicherung des Friedens in Ost-Europa angesehen".

Die von Quai d'Orsay abgegebene Erklärung erhält nicht nur eine volle Zustimmung zu diesem Pakt, sondern beansprucht auch für Frankreich den Verdienst, diesen Vertrag, welcher allgemein als Vorläufer eines vielseitigen Nichtangriffspaktes der osteuropäischen Staaten angesehen wird, zustande gebracht zu haben. Nach den vorliegenden Meldungen richtet sich dieser Vertrag fast genau nach der vom Sicherheitsausschuss in Genf festgelegten Definierung des Begriffes Angreifer.

Die Vertreter Danzigs in Polen

Warschau, den 4. Juli (Havas). Rauschning, der Präsident der Freistadt Danzig, und Greiser, sein Vizepräsident, sind hier gestern morgen eingetroffenen und wurden von Moscicki, Präsident der polnischen Republik, und Oberst Beck, Aussenminister, empfangen.

Rauschning erklärte, dass der sehr herzliche Empfang in der polnischen Hauptstadt auf ihn und seinen Kollegen einen grossen Eindruck gemacht habe, und bestätigte, dass die neue Regierung von Danzig die Absicht habe, mit Polen zusammenzuarbeiten und schliesslich sprach er seinen und den Wunsch der Danziger Regierung aus, die Vertreter Polens in der Freistadt zu sehen.

Wahlen im Saargebiet

Saarbrücken, den 3. Juli (Havas). Während der gestern im Saar-Becken stattgefundenen Wahlen haben die Nazis Gewinne zu verzeichnen. In Dudweilar haben sie vier, in Naschweiler vier und in Carlsbrom vier Sitze erhalten.

Die Kommunisten haben in Dudweiler 11 Sitze erhalten, wodurch sie die Mehrheit errungen haben, während die Sozialisten einen bedeutenden Verlust erlitten haben. Alle übrigen Sitze fielen an die bürgerlichen Parteien.

Saarbrücken, den 3. Juli (Transocean K.). Während die Separatisten und Sozialdemokraten während der Kommunalwahlen, die gestern in den drei Dörfern des heiss umstrittenen Saargebietes stattgefunden haben, Verluste erlitten, haben die Nationalsozialisten grosse Gewinne zu buchen. In Ludweiler haben die Nationalsozialisten zum Beispiel 786 Stimmen erhalten, wonach sie 8 Sitze bekommen, während sie bei den letzten Wahlen nur 50 Stimmen und keinen einzigen Sitz erhalten hatten.

Der „Angriff" widerruft

Berlin, den 4. Juli (Havas). „In Deutschland gibt es keinen Platz für eine zweite Revolution" erklärt in grosser Schrift der „Angriff", welcher von Göbbels, Reichsminister für Propaganda, geleitet wird, der in dieser Zeitung einen Teil der Rede des Reichskanzlers, welche dieser am letzten Sonntag in Reichenhall gehalten hat, veröffentlicht.

Durch diese Veröffentlichung sollen anscheinend die früher von einigen Nazi-Rednern und von Göbbels selbst verschiedentlich gemachten Erklärungen, dass „die nationale Revolution erst begonnen hat", und dass „ihre zweite Welle über Deutschland gehen wird" verworfen werden.

Adolf Hitler hat im Gegensatz hierzu erklärt: „Ich bin entschlossen, jeden Versuch die gegenwärtige Sachlage zu stören streng zu bestrafen, und ich werde mich mit aller Energie jeder zweiten revolutionären Welle widersetzen, denn sie würde uns nur zu einem wirklichen Chaos führen".

Es ist das erste Mal, dass Hitler auf eine solche Art und Weise seinen Willen, gegen jede demagogische Bewegung vorzugehen, bekanntgibt, die von ihm selbst gegen das Weimarer System eingeleitet worden ist.

Die vor Kurzem zwischen Hindenburg und dem Reichskanzler in Neudeck stattgefundene Unterredung scheint mit dieser Erklärung im Zusammenhang zu stehen.

Die Weltwirtschaftskonferenz am Scheidewege

Museum für Geologie, Süd Kensington, London, den 3. Juli (Reuter) Das entschiedene „Nein" des Präsidenten Roosevelt an die Länder mit Goldwährung hat die Weltwirtschaftskonferenz auf den Scheidewege gebracht, — entweder folgt ein wirklicher Erfolg oder ein Fehlschlag.

Die Versammlung der Zentral Banken, welche heute morgen die Erklärung des Staatssekretärs Cordell Hull anhörte, wurde um 12,15. Uhr abgebrochen, in der allgemeinen Ansicht, dass kein Grund für eine Verlängerung vorhanden sei.

Die Länder mit Goldwährung werben jetzt offen für die Vertagung der Konferenz, während die britische Delegation alles versucht, um zu vermitteln.

Das Gerücht, dass der Antrag auf Vertagung dem Büro heute oder morgen vorgelegt wird, wird weder bestätigt noch dementiert, obgleich die Meinung der Länder mit Goldwährung sich kurz, wie ein Delegierter sagt, in die Worte zusammenfassen lässt: „Ich fürchte, dies bedeutet das Ende der Konferenz."

Präsident Roosevelts Bekanntmachung hat endgültig die Hoffnung auf amerikanische Hilfe in der Währungsstabilisierung beseitigt, und man fühlt, dass der nächste Schritt von England erfolgen muss.

Die Ereignisse entwickeln sich sehr schnell und eine deutliche Führung Englands wird zuversichtlich erwartet, vielleicht schon in den nächsten Stunden. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass vor der Versammlung über die Goldprobleme, eine Konferenz zwischen britischen Delegierten und denen der Dominien stattgefunden hat.

Die Erwiderung der Länder mit Goldwährung auf die Erklärung des Staatssekretärs Hull wird nun von Signor Jung (Italien) erwartet. Sie ist sehr sachlich und besteht aus zwei Paragraphen: 1. dass die Länder mit Goldstardard in Zukunft unabhängig von Gross Britannien und den Vereinigten Staaten eine gemeinsame Politik einschlagen werden, welche von ihren Zentral Banken geführt wird.

Der zweite Paragraph erklärt das System, nach welchem die Länder mit Goldwährung jetzt zusammenarbeiten werden.

In amerikanischen Kreisen ist man über die Erklärung von Präsident Roosevelt überrascht, und bezeichnet sie als eine äusserst nationalistische und Isolierungspolitik. Einige Amerikaner üben auch Kritik da es ihrer Ansicht nach den Vereinigten Staaten schlecht bekommen wird, die anderen Länder über ein ausgeglichenen Staatshaushalt zu belehren, wenn das Budget der Vereinigten Staaten selbst weit davon entfernt ist, zu balancieren.

Wie man erfuhr, lehnte Präsident Roosevelt die von Staatssekretär Hull und Professor Moley gestern abgegebene Erklärung über die amerikanische Politik ab und kabelte heute morgen an Hull einen neuen Vorschlag.

Präsident Roosevelts Entscheidung verursachte ein Fallen des Dollars. Bei der Eröffnung der Börse notierte der Dollar 4.39 im Vergleich zu der Schlussrate von 4.34. an der New Yorker Börse am 1. Juli Der Dollar sackte dann schnell auf 4.48 ab und erholte sich schliesslich auf 4.45½.

Das Pfund Sterling fiel leicht gegen die Goldwährungen. Kontinentale Spekulanten verkauften hier Dollar gegen Pfund Sterling. Man führt dies auf die Gerüchte zurück, dass die britische Delegation Versuche zur Vermittlung unternimmt. Dieses verursacht bei den Spekulanten eine Ungewissheit über die entgültige Politik Englands gegenüber der Goldwährung.

Amsterdam, den 3. Juli (Reuter) Die behördliche Bekanntmachung, dass Holland weiterhin seine Goldpolitik fortsetzen wird, hatte eine beruhigende Wirkung nach der unregelmässigen Eröffnung der Geldbörse. Pfund Sterling und Dollar wurden auf der Rate von 8.42 bezw. 1.90 gegen den Gulden gehandelt.

London, den 3. Juli (Reuter) Hulls Erklärung hatte einen dramatischen Wiederhall. Das Unterkomitee für Handelspolitik beschloss einmütig, dass es zwecklos sei, weiter zu verhanndeln bevor nicht die Vertreter mit ihren Regierungen Rücksprache genommen haben.

Das Unterkomitee vertagte sich auf Donnerstag. Aehnliche Massnahmen werden von den anderen Ausschüssen beabsichtigt.